

sie ihren Produktionsumfang und verschärfen damit zugleich den innerlandwirtschaftlichen Konkurrenzkampf.

Bis Mitte der 80er Jahre bestand für einen Teil der kleineren und mittleren Bauern noch die Möglichkeit, die Aufgabe des Hofes zumindest zeitweilig hinauszuzögern. Durch enorme Arbeitsanstrengungen und um den Preis wachsender Schulden weiteten sie die landwirtschaftliche Produktion aus, erschlossen Leistungs- und Ertragsreserven. So versuchten sie, dem wachsenden Preis-Kosten-Druck standzuhalten. Aber dieser Weg ist ihnen heute nach den jüngsten JEG-Maßnahmen des verstärkten Preisdrucks und der weiteren Produktionsdrosselung fast gänzlich versperrt. Die unabdingbare Folge: Ihre soziale Unsicherheit verstärkt sich noch mehr. Die Zukunft ist nicht voraus berechenbar.

Am 1. April 1987 verabschiedeten auf einer Großkundgebung in Bonn über 20 000 Bauern aus allen Teilen der BRD eine Resolution, in der es an erster Stelle heißt: „Wir, deutschen Bauern, (der BRD, J. K.) sind in großer Sorge um den Fortbestand unserer Höfe. Die Vorschläge der EG-Kommission zur Senkung der Marktordnungspreise im Wirtschaftsjahr 1987/88, zur Aufweichung der Marktordnungen und zur Abschaffung des Währungsausgleichs sind eine tödliche Bedrohung für die bäuerliche Landwirtschaft.“

Der wachsende Schuldenberg lastet am schwersten auf den Schultern der Bauern. Deshalb hebt der Bauernverband in seiner Stellungnahme zum Agrarbericht 1987 der BRD-Regierung hervor, daß „die Existenzgefährdung vieler landwirtschaftlicher Betriebe erheblich unterschätzt wird ... Die schlechte Ertragslage hat zu einer besorgniserregenden Fremdkapitalbelastung in einem großen Teil der Betriebe geführt ... 19 Prozent ihres Betriebseinkommens mußten die Landwirte



**Agrarkrieg: Die Kleinen bleiben auf dem Feld der Ähre.**

Zeichnung: Otto Damm (entnommen aus „Das Volk“)

1985/86 für Zinszahlung ausgeben. Zehn Jahre zuvor waren es noch 9 Prozent.“

Ist es wirklich so, daß die Existenzgefährdung unterschätzt wird? Im Gegenteil, der imperialistische Staat arbeitet geradezu darauf hin, den Ruinierungsprozeß noch zu beschleunigen. Hat er doch die bauernfeindlichen Agrargesetze selbst geschaffen bzw. im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft mit zu verantworten, die es den Monopolen gestatten, sich an den Bauern maßlos zu bereichern.

Nach offiziellen Angaben wächst die Zahl der Betriebsinhaber, die nicht mehr in der Lage sind, die Schulden aus ihren Einnahmen zu tilgen. Sie werden genötigt, Nötverkäufe zu tätigen. Die Zwangsversteigerungen folgen. Sie verdreifachten sich im Bundesland Niedersachsen beispielsweise von 1984 bis 1986. Untersuchungen des BRD-Bauernverbandes zufolge können mehr als ein Drittel der Vollerwerbsbetriebe schon über Jahre die anfallenden

Kosten nicht mehr aus den Einnahmen decken. Sie zehren von der Substanz. Ihre Existenz ist besonders gefährdet. Nur noch weniger, als ein Drittel der Vollerwerbsbetriebe, so die Einschätzung, erwirtschaftet einen Gewinn, der ihre Existenz vorläufig noch sichert. Als Minimum wird hierzu eine Eigenkapitalbildung von 10 000 DM vorausgesetzt.

Angesichts der wachsenden Zahl hochverschuldeter bäuerlicher Betriebe sind die Banken vielfach nicht mehr bereit, neue Kredite zu gewähren. Sie lehnen sie ab oder verbinden sie mit größeren Forderungen. Nach Angaben des BRD-Agrarberichtes sind 10 Prozent der landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe bereits mit rund 16 000 DM/ha und weitere 7 Prozent mit 9000 DM/ha verschuldet. Wiederum 10 Prozent der höchstverschuldeten Betriebe sind bereits mit 20 000 bis 25 000 DM je ha belastet. Hinter solchen nüchternen Durchschnittszahlen verbergen sich Tausende und Abertau-